Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 15/6309, 15/7052

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Drs. 15/6879, 15/7052

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008) (Drs. 15/6309)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Jürgen Dupper, Christa Naaß, Joachim Wahnschaffe u.a. SPD

Drs. 15/6929, 15/7052

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 (Haushaltsgesetz - HG - 2007/2008) (Drs. 15/6309)

hier: Erhöhung der Stellen für die Beschäftigung von Schwerbehinderten nach Art. 6c

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Änderungen durchgeführt werden:

1. Art. 1 (Feststellung des Haushaltsplans) erhält folgende Fassung:
„Der diesem Gesetz als **Anlage** beigefügte Haushaltsplan des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2007 und 2008 wird in Einnahmen und Ausgaben auf 35.986.783.000 € für das Haushaltsjahr 2007 und 36.371.498.700 € für das Haushaltsjahr 2008 festgestellt.“
2. Art. 6 (Bewirtschaftung der Personalausgaben, Stellenbesetzung) Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„¹In den Kapiteln 15 06 bis 15 27, 15 32 bis 15 48 sowie in den Kapiteln 15 60 bis 15 64 können die Hochschulen und das Elitenetzwerk Bayern innerhalb ihres jeweiligen Kapitels die Wertigkeiten der ausgebrachten (Plan-) Stellen für Forschung und Lehre neu festsetzen, soweit sie frei sind oder frei werden und ein unabweisbarer Bedarf hierfür besteht.“
3. Art. 6c (Beschäftigung schwerbehinderter Menschen) wird wie folgt geändert:
In Abs. 2 Satz 4 wird das Wort „dabei“ gestrichen.
4. Art. 6d (Ersatzstellen bei Altersteilzeit, begrenzter Dienstfähigkeit und bei Arbeitszeitmodellen) wird wie folgt geändert:
Der bisherige Satz 6 des Abs. 6 wird Satz 7 des Abs. 7.
5. Art. 6e wird wie folgt geändert:
In den mit „Sperrkontingente“ bezeichneten Spalten der Tabelle des Art. 6e Abs. 2 Satz 1 wird
 - a) die Zahl „1 173“ in der mit „03A“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „1 098“ ersetzt (Reduzierung um 75);
 - b) die Zahl „409“ in der mit „04“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „394“ ersetzt (Reduzierung um 15);
 - c) die Zahl „4 730“ in der mit „Summe“ bezeichneten Zeile durch die Zahl „4 640“ ersetzt (Gesamtreduzierung um 90).
- 6.

Dem Art. 8 (Sonstige Ermächtigungen und Regelungen) werden folgende Abs. 6 und 7 angefügt:

„(6) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, mit Einwilligung des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, der Landeshauptstadt München ein Grundstück zur Errichtung eines NS-Dokumentationszentrums unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, welches sich an der historischen Fundamentfläche des ehemaligen „Braunen Hauses“ zuzüglich des notwendigen Umgriffs für eventuell darüber hinaus reichende unterirdische Bereiche sowie Außenanlagen orientiert und einen Anteil am Grundstück Flst. Nr. 5469/1 sowie gegebenenfalls einen Anteil des Grundstücks Flst. Nr. 5484, Gemarkung München, Sektion 3 umfasst.“

(7) Das Staatsministerium der Finanzen wird ermächtigt, das gesamte im Betriebsvermögen des Staatsbetriebs Bayerische Landeskraftwerke bilanzierte Anlagevermögen in das Betriebsvermögen der Landeskraftwerke GmbH auszugliedern.“

7. In Art. 10 (Änderung des Bayerischen Besoldungsgesetzes und Überleitung) werden folgende Änderungen durchgeführt:

1. In Art. 10 Abs. 1 wird folgende neue Nr. 1 eingefügt:

"1. In Art. 32 Abs. 9 Satz 2 wird die Zahl „2006“ durch die Zahl „2007“ ersetzt.“

2. In Art. 10 Abs. 1 werden die bisherigen Nrn. 1 und 2 zu den Nrn. 2 und 3.

3. In der neuen Nr. 2 erhält der Einleitungssatz folgende Fassung:
„Anlage 1 - Bayerische Besoldungsordnungen - wird wie folgt geändert.“

a) Folgende neue Buchstaben a) und b) werden eingefügt:

"a) In der Besoldungsordnung A Besoldungsgruppe A 16 wird das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek“⁶⁾ mit der Funktionsbezeichnung „- als der Stellvertreter des Generaldirektors -“ gestrichen und Fußnote 6 aufgehoben.

b) Die Besoldungsordnung B wird wie folgt geändert:

b) Die bisherigen Buchstaben a) bis d) werden aa) bis dd).

c) Der neue Doppelbuchstabe aa) erhält folgende Fassung:

aa) In der Besoldungsgruppe B 2 wird nach der Funktionsbezeichnung „- als Mitglied des Direktoriums -“ des Amtes „Direktor/Direktorin bei

der Landesgewerbeanstalt Bayern“ das Amt „Direktor/Direktorin bei der Staatsbibliothek“ mit der Funktionsbezeichnung „- als der Stellvertreter des Generaldirektors -“ eingefügt. Bei dem Amt „Polizeivizepräsident, Polizeivizepräsidentin“ werden die Funktionsbezeichnung „- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern -“ gestrichen und folgende Funktionsbezeichnungen angefügt:

„- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Niederbayern -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Nord -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberbayern Süd -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberfranken -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Oberpfalz -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Nord -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Schwaben Süd/West -

- als der ständige Vertreter des Leiters des Polizeipräsidiums Unterfranken -“.

4. In Art. 10 Abs. 2 werden die Worte „Abs. 1 Nr. 1 Buchst. d“ durch die Worte „Abs. 1 Nr. 2 Buchst. b Doppelbuchst. dd“ ersetzt.

8. Es wird folgender Art. 16 (Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes) eingefügt:

„Art. 16

Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes

Art. 52 des Bayerischen Jagdgesetzes – BayJG – (BayRS 792-1-L), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2005 (GVBl S. 274), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 2 Nr. 1 wird aufgehoben.

2. Abs. 4 wird wie folgt geändert:

a) Der bisherige Wortlaut wird Satz 1.

- b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:
 „²Die oberste Jagdbehörde bestimmt durch Rechtsverordnung das für die Abnahme der Jäger- und Falknerprüfung nach § 15 Abs. 5 Satz 1 und Abs. 7 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes zuständige Amt für Landwirtschaft und Forsten.“ "
9. Die bisherigen Art. 16 bis 18 werden Art. 17 bis 19.
10. Nr. 4.5 der Anlage zu Art. 17 (Durchführungsbestimmungen) – bisher Art. 16 – wird wie folgt geändert:
 In Satz 3 werden vor den Betragsangaben „70 v. H.“ und 65 v. H.“ jeweils die Worte „bis zu“ eingefügt.
11. Art. 19 – bisher Art. 18 – wird wie folgt geändert:
 In Abs. 3 Satz 2 wird die Textstelle „Art. 9 bis 15“ durch „Art. 9 bis 16“ ersetzt.

Berichterstatter:
 Mitberichterstatter:

Robert Kiesel
Jürgen Dupper

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 15/6879, 15/6929 wurden dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge 15/6879 und 15/6929 in seiner 147. Sitzung am 01. Dezember 2006 beraten.
 Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 mit den in I. enthaltenen Änderungen **Zustimmung** empfohlen.
- Hinsichtlich der Änderungsanträge wurde jeweils mit folgendem Stimmresultat:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge 15/6879 und 15/6929 in seiner 60. Sitzung am 07. Dezember 2006 endberaten.
 Hinsichtlich des Gesetzentwurfs wurde mit folgendem Stimmresultat:
 CSU: Zustimmung
 SPD: Ablehnung
 B90 GRÜ: Ablehnung
 der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses **zugestimmt** mit der Maßgabe, dass in Art. 6 e Abs. 1 Satz 1 die Zahl „4730“ durch die Zahl „4640“ ersetzt wird.

Hinsichtlich der Änderungsanträge wurde jeweils mit folgendem Stimmresultat:
 CSU: Ablehnung
 SPD: Zustimmung
 B90 GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Manfred Ach
 Vorsitzender